

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 **Eckpunkte für eine sozialistische Handelspolitik**

4

5 Wir Jusos sehen in linker Handelspolitik das Potenzial, ökonomischen Wohlstand zu
6 steigern, gerechter als bisher zwischen den Menschen auf der Welt zu verteilen und
7 ökologisch nachhaltiger zu erwirtschaften. Faire Handelsverträge sind zudem ein klu-
8 ges Instrument dauerhafter Friedenssicherung. Die derzeitige globale Handelsord-
9 nung verfolgt diese Ziele jedoch nicht. Sie folgt stattdessen dem neoliberalen Markt-
10 glauben, demzufolge das Dogma eines schrankenlosen Freihandels per Zauberhand
11 wirtschaftlichen Wohlstand in einem Maße schaffen würde, der die Rücksicht auf o-
12 der gar das Voranstellen von sozialen und ökologischen Kriterien angeblich überflüs-
13 sig macht. Diese Feststellung gilt für das nach wie vor gültige WTO-Regime wie auch
14 für die aktuell in bilateralen oder begrenzt multilateralen Verhandlungen befindlichen
15 Abkommen TTIP, CETA, TiSA und weitere. Die tatsächliche Leistungsbilanz solcher
16 Abkommen drückt sich in wachsendem Druck auf Arbeits- und Sozialbedingungen in
17 allen Weltteilen, globaler Umweltzerstörung, regionalen Ressourcenkonflikten und
18 Flüchtlingsströmen aus. Die gegenwärtige Welthandelsordnung hat dringenden Re-
19 formbedarf.

20

21 Um zu einer gerechteren Ordnung im Welthandel zu kommen, müssen progressive
22 Kräfte die handelspolitische Initiative ergreifen. Für uns Jusos ergeben sich folgende
23 Eckpunkte für eine sozialistische Handelsagenda:

24

25

26 **Standards erhöhen und sanktionsbewehrt durchsetzen**

27

28 Wir wollen Standards z.B. in den Bereichen ArbeitnehmerInnenrechte, VerbraucherIn-
29 nen-, Arbeits- und Datenschutz, Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaftspolitik und
30 Gesundheitspolitik nicht nur erhalten, sondern anheben - substanziell, fortschreitend

31 und global! Unter diesen Bedingungen begrüßen wir die Vereinheitlichung industrieller Standards als Beitrag zur ökologischen Ressourcenschonung und wirtschaftlichen Effizienz. Anstatt Handelsbeziehungen an Kapitalinteressen auszurichten, wie im neoliberalen Paradigma vorgesehen, muss das Ziel jeglicher progressiver Handelsabkommen sein, gemäß dem Prinzip "Der höhere Standard wird übernommen" gesellschaftliche Verbesserungen zu erzielen. Das ständige Recht der Abweichung nach oben muss dabei gewährleistet sein.

38

39 Höhere soziale und ökologische Standards gilt es nicht nur zu vereinbaren, sondern auch effektiv durchzusetzen. Zu diesem Zweck wollen wir internationale Gerichtshöfe, die nicht für die Sicherung von Kapital-, sondern von gesellschaftlichen Interessen zuständig sind. Vor ihnen sollen Verstöße gegen Arbeitsrecht und Umweltrecht vorgebracht und bei einer Verurteilung mit Sanktionsmechanismen belegt werden können. Als Sanktionen bieten sich bewährte Instrumente der internationalen Beziehungen an: vom Beginn verpflichtender Konsultationen über die Verhängung von Strafzöllen bzw. der Kürzung von Entwicklungshilfe bis hin zu Importverboten bei schweren Vergehen wie der Missachtung des Rechts auf gewerkschaftliche Aktivität. Das Klagerecht von Staaten wollen wir um ein Verbandsklagerecht von Gewerkschaften und Umweltverbänden ergänzen. Innerhalb der EU muss das Europäische Parlament die Möglichkeit haben, die Kommission zur Einreichung einer Klage aufzufordern.

52

53 **Multilateralen Grundsatz verfolgen - bilaterale Optionen nutzen**

54

55 Grundsätzlich wollen wir Verhandlungen auf multilateraler Ebene einer Vielzahl bilateraler Verträge vorziehen. Ein Geflecht aus verschiedensten bilateralen Verhandlungen wie derzeit angestrebt ist für die Zivilgesellschaft nur schwer nachvollziehbar. Das öffentliche Interesse wird auf die Dauer erlahmen. Die leichter für Lobbyarbeit zu organisierenden Kapitalinteressen sind demgegenüber strukturell im Vorteil. Zudem dienen eine Vielzahl bilateraler Verträge und Vertragsvorhaben wie die aktuellen der EU einem chauvinistischen Zweck, nämlich bestimmte Regeln unter Ausschluss möglichst vieler weniger entwickelter Staaten global durchzusetzen. Fakt ist aber auch,

63 dass die multilateralen Verhandlungen, die bisher auf WTO-Ebene stattgefunden ha-
64 ben, einem klaren neoliberalen Freihandelskonzept gefolgt sind. Die Dominanz des
65 Freihandel-Narrativs ist daher gegenwärtig auch in der multilateralen Arena unge-
66 brochen. Ein unabsehbar langes Warten auf multilaterale Verhandlungen unter pro-
67 gressiven Vorzeichen ist nicht zielführend. Bilaterale Verhandlungen, die aus den rich-
68 tigen Motiven und mit den richtigen Zielen geführt werden, müssen deshalb sinnvol-
69 le Ergänzung sein, um kurz- und mittelfristig Fortschritte zu erzielen und langfristig
70 eine bessere strategische Ausgangsposition für multilaterale Gespräche zu erzielen.

71

72 **Handel als Instrument der Friedens- und Entwicklungspolitik einsetzen**

73

74 Freihandel im Sinne einer völligen Deregulierung des Welthandels lehnen wir ab, da
75 durch ihn immer wirtschaftlich stärkere Staaten profitieren und den schwächeren
76 Staaten ihre Bedingungen aufdrücken können und werden - unabhängig davon, was
77 das für die Menschen in diesen Ländern bedeutet. Eine sozialistische Handelspolitik
78 muss sich deshalb für einen regulierten Welthandel einsetzen, der schwächere Volks-
79 wirtschaften schützt und es gerade ihnen ermöglicht, den Wohlstand ihrer Menschen
80 zu vergrößern. Um dies zu erreichen, kann es sinnvoll sein, den schwächeren Ver-
81 tragspartnern eines Handelsabkommens die Möglichkeit protektionistischer Maß-
82 nahmen (z.B. temporäre Schutzzölle) einzuräumen. Ebenso müssen die Menschen in
83 diesen Staaten z.B. von der Ausbeutung von Ressourcen auf ihrem Gebiet profitieren
84 (wobei hier auch der Nachhaltigkeitsgedanke stärker in den Fokus gerückt werden
85 muss) und dürfen nicht durch Importzölle bzw. Exportsubventionen von reichen In-
86 dustriestaaten drangsaliert werden. Auf diese Weise wollen wir Entwicklungsländern
87 eine auch qualitativ aufholende Entwicklung ermöglichen, statt ihnen einen dauerhaft
88 benachteiligten Platz in der globalen Arbeitsteilung zuzuweisen, und die globale
89 Reichtumsverteilung gerechter gestalten.

90

91 Indem wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten von Staaten geschaffen werden,
92 dient linke Handelspolitik als Instrument dauerhafter Friedenssicherung. Der aktuelle
93 Ukraine-Konflikt zeigt, wie auf Ausgrenzung von Konkurrenten bedachte Handelspoli-
94 tik zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen kann: Der Druck auf die im Au-

95 ßenhandel gleichermaßen mit Ost und West verwobene Ukraine, sich zwischen exklu-
96 siven Handelsbeziehungen mit der EU oder exklusiven Handelsbeziehungen mit der
97 Eurasischen Union entscheiden zu müssen, hat das Land zerrissen. Als Jusos wollen
98 wir eine Handelspolitik, die nicht kriegerische Konflikte zur Befriedigung von Kapital-
99 interessen in Kauf nimmt, sondern die Schaffung und Sicherung von Frieden als ex-
100 plizite Zielgröße aufnimmt, die Konkurrenzinteressen überzuordnen ist. Insbesondere
101 bedarf es zur nachhaltigen Friedenssicherung in Mitteleuropa zeitnah der Schaffung
102 tiefgehender ökonomischer Interdependenzen der EU mit der Russischen Föderation
103 im Rahmen eines weitergehenden Handelsabkommens.

104

105 **Öffentliche Güter stärken - Sozialisierungen ermöglichen**

106

107 Güter wie Wasser, Strom, Personennah- und Fernverkehr, Gesundheitsleistungen etc.
108 müssen für alle Menschen zuverlässig und erschwinglich bereitgestellt werden. Des-
109 halb müssen sie lokal bzw. regional von der öffentlichen Hand gewährleistet werden.
110 Der Trend, dass durch Freihandelskommen die öffentliche Daseinsvorsorge liberali-
111 siert und privatisiert werden soll (aktuelles Beispiel: Trades in Services Agreement,
112 TiSA), muss gestoppt werden. Es ist nicht sinnvoll, die entsprechenden Güter, wie
113 Wasser, Strom, Personennah- und Fernverkehr etc., per globaler Ausschreibung an
114 den günstigsten privaten Anbieter zu vergeben. Handelsabkommen müssen diese
115 Grundannahme akzeptieren und die öffentliche Daseinsvorsorge mindestens unange-
116 tastet lassen. Das Ziel sollte aber auch hier die Einführung positiver Standards sein.

117

118 Durch die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA (CETA
119 bzw. TTIP) sind die Schiedsgerichte zum Investorenschutz (ISDS) in den Blick der Öff-
120 fentlichkeit gerückt. Hierbei wurde vonseiten des Kapitals immer wieder angeführt,
121 dass solche Schiedsgerichte gang und gäbe bei Handelsabkommen seien. Wir sagen:
122 umso schlimmer! Es muss darauf hingewirkt werden, dass die ISDS-Gerichte bald
123 weltweit der Vergangenheit angehören. Bisherige Handelsabkommen müssen ent-
124 sprechend verändert werden. Als Ersatz ist ein globales Handelsschiedsgericht, wel-
125 ches demokratisch legitimiert ist und über Streitfälle (wie einen Vertragsbruch) ent-

126 scheidet, in Betracht zu ziehen. Demokratisch legitimierte Sozialisierungen müssen
127 dabei unangetastet bleiben.

128

129 **Begründung:**

130

131 Die aktuellen Auseinandersetzungen um TTIP, CETA und weitere geplante Freihand-
132 delsabkommen hat die Debatte um die gesellschaftlichen Auswirkungen von Han-
133 delsabkommen wieder in den gesellschaftlichen Fokus gerückt. Die internationale
134 Linke befindet sich auf dem Themenfeld aber derzeit in einer Defensivposition. Die
135 Diskussion wird auf der Grundlage von bürgerlicher Seite initiiertes Abkommen ge-
136 führt, während zivilgesellschaftliche Institutionen darum kämpfen, deren schädliche
137 Auswirkungen zu verhindern. Um sich nicht nur auf die Abwehr von Rückschritten -
138 kombiniert mit der Forderung nach punktuellen Verbesserungen - zu beschränken,
139 sondern soziale und ökologische Fortschritte zu erzielen, muss die internationale Lin-
140 ke die Deutungshoheit in der Handelspolitik erlangen und in die Lage kommen, die
141 handelspolitische Agenda selbst zu setzen. Dafür bedarf es einer handelspolitischen
142 Konzeption von links. Der vorliegende Antrag formuliert hierfür erste Eckpunkte.